

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt R. 21295 — Schriftleitung R. 14574.
Postfachkonto Dresden R. 2486. — Stadtkontokonto Dresden R. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss 1927. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beflage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 34

Dresden, Montag, 10. Februar

1930

Die „Königliche Volkszeitung“ zum Aufruf der ostpreussischen Wirtschaft.

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt zu dem von ostpreussischen Wirtschaftskreisen unterzeichneten Aufruf bezüglich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens u. a.: Es ist ein böses Versehen, einen Vertrag als Schlichtungsfrage für den deutschen Osten zu bezeichnen und seinen Inhalt gleichzeitig so lächerlich anzugeben. Wer so an die höchsten Ideale appelliert, muß auch an sich und seine Aufrichtigkeit die peinlichsten Anforderungen stellen, wenn er sicher sein will, gehört zu werden. Es widerspricht und faßt den Aufruf so um das eine weitere Frage zu unterwerfen. Mühen wir Deutsche denn immer unseren eigenen Rechtsstandpunkt in Grund und Boden schlichtend behandeln und uns selber Handhabe anlegen? Die ganze polnische Oppositionspresse belächelt, daß der Vertrag abgeschlossen sei ohne irgendeine Rücksicht auf den deutschen Osten bezügliche der Grenzfrage; und hier befinden sich ehrenwerte, aber ungeschickte Männer, namentlich sei unter Recht auf Grenzänderung zu Grunde getragen. Wir wollen gar nicht fragen, wo in diesem Vertrag von der Grenze, von territorialen Grenzen die Rede ist, wo also der angebliche Verzicht Reden soll? Natürlich nirgend! Aber da wir Deutsche sind, tun wir eine Sache um ihrer selbst, und wenn sie auch, wie in diesem Falle, auf Kosten unseres eigenen Reiches und Wohlstandes geht. Es ist trotz allem nicht der Augenblick mit Oppositionen zu polemisieren. Aber anzusehen und aufzuweisen darf man sie, besonders wenn ihr Ausdruck eine parteipolitische Form annimmt. Wegen dem Vertrag kann man kein Bild von ihm, das mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun hat. Dabei sich aber zugleich eine zweite Frage einfließen: Darf ein Ostpreuße gegen den Vertrag sein, der deutsche Menschen in einer Heimat und in einem Raum halten soll der Heimat und Raum der Ostpreußen ist? Wollen unsere ostpreussischen Landleute eines Wortes aus dem schmerzlichen Liquidationsraum aufzuweisen und neben einem völlig entbehrlichen Korridor auf einer einseitigen deutschen Insel im ständischen Meer bestehen? Wer hat mehr Interesse am deutschen Element im Korridor als Ostpreußen? Wollen wir noch mehr sorgenvolle Fragen stellen?

Deutsche Delegation für die Zollfriedenskonferenz.

Berlin, 10. Februar.
Auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung wird sich die deutsche Delegation für die Zollfriedenskonferenz, die am 17. Februar in Genf zusammentritt, folgendermaßen zusammensetzen: Delegationsführer Reichswirtschaftsminister Schmidt, außerdem der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg und Reichsminister a. D. Dr. Hilferding als Delegierte. Die Delegierten werden von einigen Vertretern der hauptberuflichen Reichstagsfraktionen begleitet sein.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 10. Februar.
Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftigung Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände veröffentlichten folgende Entschlüsse, die am Sonnabend von ihnen angenommen worden ist:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Wegen dieses Planes müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte „Wahrengleich“ innerhalb der Sozialversicherung würde nichts anderes bedeuten, als eine Übertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach

den Grundgedanken einer gerechten Steuerpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Verschönerungsträger. Eine Verschönerung der unmittelbaren Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Ausdehnung des gerade von ihnen bestrittenen Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unauflösbare Folge sein. Eine bei weiterer Verschönerung des Rückzahlungstermines würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Verschönerung der Öffentlichkeit, sondern Verschönerung der gesamten Sozialversicherung und neue Hilfe gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher ihre einmütige Auffassung, daß sowohl die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen

kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

Dazu wird von unabhängiger Stelle mitgeteilt: Bei den Plänen, die Mittel für den zusätzlichen Bedarf der Arbeitslosenversicherung aus dem Vermögenszuwachs der sozialen Versicherungsträger zu nehmen, liegt es dem Reichsfinanzministerium völlig fern, diesen damit irgendein Risiko aufzubürden. Die Annahme, es solle eine Versicherungsgemeinschaft gebildet oder ein Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherungen angestrebt werden, geht also völlig fehl. Die Pläne sind darauf abgestellt, daß die Versicherungsträger für ihre Anlagen in Teilweise an die Arbeitslosenversicherung vom Reich volle Sicherheit erhalten; sie werden also sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der zeitlichen Wertendbarkeit der Mittel so gestellt werden, daß den Versicherten ein Schaden durch die Darlehen voll vergütet werden sollen.

Reichstagsabgeordneter Prälat Ullrich für ein Grenzlandministerium.

Berlin, 10. Februar.
Wie die „Ostpreussische Zeitung“ berichtet, kann, wird der Reichstagsabgeordnete Prälat Ullrich in der Zeitschrift für Geopolitik über die Errichtung eines Grenzlandministeriums einen Artikel veröffentlichten, in dem er u. a. heißt: „Koch sind die Grenzen im Osten nicht endgültig. Wenn eine Korrektur kommen, wie sie erfolgen wird, daß kann heute niemand voraussagen. Eine Forderung ergibt sich für uns aus diesem Zustand: daß wir die Korrektur, die die Voraussetzung für die von allen erstrebte Beilegung des Ostens ist, fördern müssen; daß kann aber nur durch ein bestes dadurch geschehen, daß wir unsere östlichen Grenzgebiete mit besonderer Auf-

merksamkeit und Pflanzlichkeit behandeln. Die gleichen Aufgaben aus den gleichen Ursachen und die gleiche Dringlichkeit und Wichtigkeit ihrer Lösung aus staatspolitischen Interessen fordern aber naturgemäß auch die gleiche fürsorgliche Behandlung im gleichen Ministerium, das heißt aus dem „Ministerium für die besetzten Gebiete“, müßte ein „Ministerium der Grenzlandfürsorge“ oder ein „Grenzlandministerium“ werden.“

Das Grenzland hat die Aufgabe, Bollwerk des Staates zu sein. Darum duldet die Grenzzone, ob im Westen oder Osten, ob im Norden oder Süden, keine Lücke ohne Gefährdung des Staatswohls. Darum ist Grenzland ein Begriff gesamtdeutscher Verantwortung.“

Einheitliche Stellungnahme des Zentrums in der Steuerfrage.

Berlin, 10. Februar.
Der Vorstand der Zentrumsfraktion gibt folgende Erklärung heraus: Ein ähnliches Blatt betitelt gestern in einem Artikel „Der Kampf um die Steuererhöhungen“ über den Verlauf der am 7. Februar stattgefundenen Partesitzungsbesprechung, daß in den Ausführungen der drei Redner des Zentrums keine einheitliche Stellungnahme zum Ausdruck gekommen sei. Diese Darstellung, deren Zweck sehr durchsichtig erscheint, ist absolut falsch. Denn von dem Fraktionsführer Dr. Brüning mit aller Deutlichkeit vertretenen Standpunkt der Zentrumsfraktion im Sinne des bekannten Vorkoches, der die Sanierung der Reichskasse vor der endgültigen Annahme des Haager Abkommens forderte, hat der Minister Dr. Witth mit der einseitigen Erklärung unterstrichen, daß die drei Zentrumsmänner in diesen Tagen mit der Fraktion solidarisch seien. Der dritte Redner, Abgeordneter Esser, hat sich vom Standpunkt eines Vertreter des besetzten Gebietes aus ebenfalls mit unbedingter Klarheit für die Forderung des Zentrums ausgesprochen. Die heutige Sitzung der Zentrumsfraktion wird in ihrem Ergebnis beweisen, daß alle Spekulationen auf eine Verschiedenheit der Auffassungen innerhalb des Zentrums in diesen Tagen verfehlt sind.

Eine Gaststätte für 400 Einwohner.

Berlin, 10. Februar.
Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages, der am Sonnabend den 11. des Monats in der Sitzung über die sogenannte „Relation“, nur eine Gaststätte auf 400 Einwohner, eingetragt hatte, erledigte am Montag einige weitere Vorarbeiten, ohne wesentliche Änderungen an ihnen vorzunehmen.

Wiederbeginn der Reichstagsarbeit.

Berlin, 10. Februar.
Im Reichstag beschloß sich die Fraktionen am Montag mit dem Tagesplan, dessen erste Sitzung morgen nachmittags im Plenum beginnen soll. Die Fraktionsführungen des Zentrums, der Demokraten und der Christlich-nationalen Arbeit-

gemeinschaft fanden bereits vormittags statt, während die übrigen Parteien sich erst nachmittags versammelten. Heute vormittags setzte auch der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages die Beratung des Schanitzengeldes fort.

Abschluss der fünften Grünen Woche in Berlin.

Berlin, 10. Februar.
Die gestern abgeschlossene fünfte Grüne Woche in Berlin brachte den acht hundertsten Besucher einen der größten Berliner Ausstellungsfolgen. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Verkaufserfolge wird von einem befriedigenden, in einzelnen Abteilungen sogar besonders guten Abschluss gesprochen.

Verteidigungsprozess Georg Bernhard - Poengen.

Berlin, 10. Februar.
Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte gelangte Sonnabend die Verteidigungsakten des Oberstaatsanwalts Georg Bernhard gegen Generaldirektor Dr. Poengen-Dörfeld zur Verhandlung. Professor Bernhard hat Klage erhoben wegen einer Rede Dr. Poengens, in der dieser von Bernhard gemachte Mitteilungen über eine Besprechung der Industriellen bei Krupp als unrichtig und frei erfunden bezeichnete.

Bernhard hatte seinerzeit während der Pariser Sachverständigenverhandlungen in einem Artikel behauptet, daß der Sachverständige Dr. Bögl in der erwähnten Besprechung sei, von seinem Amt als Sachverständiger in Paris zurückzutreten und daß Dr. Thissen bei jener Besprechung gesagt habe: „Diese Krise brauche ich.“ Nachdem dann der Reichstagsabgeordnete Köhne die Schilderung Bernhards als unrichtig und frei erfunden bezeichnet hatte, hatte Dr. Poengen diese Ausführungen wiederholt, um Professor Bernhard Gelegenheit zu einer gerichtlichen Klarstellung zu geben. Wie der Vertreter des nicht erschienenen Dr. Poengen, Justizrat Köhne, ausführt, soll durch die Verteidigung festgestellt werden, daß Prof. Bernhard über die Besprechung in der Villa Hügel

vollständig falsch unterrichtet gewesen sein müsse und daß der Bericht seines Gewährsmannes frei erfunden sei. Fritz Thissen habe die Bemerkung, „diese Krise brauche ich“, nicht gemacht. Prof. Bernhard und sein Vertreter Rechtsanwalt Dr. Köhne fordern die Zeugniserklärung von Thissen, Schacht und Bögl. Weiter benannte Bernhard als Zeugen Generaldirektor Siemens, Reusch, Hans Kramer und Kahl, unter diesen, so führte Bernhard aus, sei auch sein Gewährsmann Des Vorliegende letzte Verhandlungstermin über die Beweisurteile auf den 15. Februar, 12 Uhr mittags, an.

Demokratischer Parteivorstand und Preußenfrage.

Berlin, 10. Februar.
Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei faßte am Sonnabend zur Preußenfrage folgende Entschlüsse:

Der Parteivorstand billigt die Haltung der Deutschen Demokratischen Landtagsfraktion bei der preussischen Regierungskrisis sowohl hinsichtlich der Ablehnung einer Besetzung der leitenden Ämter nach dem schematischen Maßstab der Fraktionsliste als auch hinsichtlich der Forderung, daß bei der Auswahl der Persönlichkeiten für diese Ämter das Staatsinteresse über das Parteinteresse gestellt wird. Der Parteivorstand weiß die Angriffe, die aus diesem Anlaß namentlich von sozialdemokratischer Seite gegen die D.D.P. erhoben worden sind und völlig das Maß von Achtung vermissen lassen, auf das die Partei durch die bisherige Tätigkeit der Demokraten in Preußen Anspruch hat. Er bittet die Preußenfraktion, auch weiterhin bei aller Rücksicht auf koalitionskritische Notwendigkeiten die politische Freiheit der Partei zu wahren und jeder Zurückdrängung des demokratischen Einflusses in Preußen bestimmten Widerstand entgegenzusetzen.

Zum Eintritt der Demokraten in die württembergische Regierungskoalition.

Berlin, 10. Februar.
Zu dem Eintritt der Demokratischen Partei in die württembergische Regierungskoalition faßte am Sonnabend der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei nachstehende Entschlüsse:

Die Vorgänge bei der Koalitionsbildung in Württemberg sind ein neuer Beweis für die schädliche Wirkung der Vielheit deutscher Landesparlamente auf die deutsche Politik. Der Eintritt der Demokratischen Partei in die württembergische Regierungskoalition ist ohne Fühlungnahme mit der Parteileitung erfolgt. Die Parteileitung hätte sonst ihre Bedenken insbesondere kulturpolitischer und persönlicher Natur geltend gemacht.

Der Parteivorstand erwartet nunmehr von den Mitgliedern der Demokratischen Partei im Kabinett und Landtag von Württemberg, daß sie in der neuen Koalition mit voller Kraft mitarbeiten und dabei mit Entschiedenheit die Grundzüge der Demokratie zur Geltung bringen, daß sie jedoch, wenn ihnen das nicht gelingt, entschlossen die Fortsetzung des Ausschusses aus der Koalition schieben werden.

Zusammenstöße zwischen Stahlhelmangehörigen und Polizei.

Berlin, 10. Februar.
Der Landesverband Groß-Berlin des Stahlhelms hielt gestern vormittag im Kriegervereinshaus in der Chausseestraße seinen diesjährigen Generalappell ab. Bei dem Abmarsch der Teilnehmer kam es in der Chausseestraße und in der Oberen Friedrighstraße zu Zusammenstößen mit der Polizei, als diese einschritt, um geschlossen marschierendenzüge aufzulösen. Die Polizeibeamten mußten in beiden Fällen von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen. Im ganzen wurden 23 Mitglieder des Stahlhelms festgenommen und nach dem Polizeirevier gebracht, von wo sie nach Befriedigung ihrer Personalien wieder entlassen wurden.

Die Auslagen Runges im Jorns-Prozess.

Berlin, 10. Februar.
Zu den Auslagen im Jorns-Prozess des ehemaligen Jagers zu Pferde, Runge, er sei seinerzeit im Gefängnis von dem damaligen Kapitänleutnant Canaris mit dem Tode bedroht worden, falls er Ungehöriges aussage; außerdem habe ihm Ca-